

## PUG lehnt Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Ortsräte ab

Die konstituierende Sitzung des Rates enthält zahlreiche Punkte, in denen Formalien geregelt werden. Ein Punkt davon ist die Entschädigungssatzung für Ratsmitglieder, die einige Neuerungen beinhaltet. So plant die Stadtverwaltung beispielsweise die Aufwandsentschädigungen für Ortsratsmitglieder anzupassen. Anpassen heißt in diesem Fall konkret, dass Anhebungen für Ortsratsmitglieder vorgenommen werden sollen. Ebenso ist in der Verwaltungsvorlage angedacht, Aufwandsentschädigungen für Fraktionsvorsitzende und deren Stellvertreter zu gewähren. Beides führt beim Beschließen der Vorlage durch den Rat zu höheren Ausgaben und damit zu künftigen Mehrbelastungen des städtischen Haushaltes. Bei den Unabhängigen stößt die Ratsvorlage auf Unverständnis.

PUG-Fraktionsvorsitzende Sandra Straube kritisiert: „Die Stadt Wolfsburg ist angehalten, innerhalb der Verwaltung Sparbemühungen in Höhe von 5 % anzustrengen. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Finanzsituation der Stadt und den eben genannten Sparbemühungen der Verwaltung sieht die PUG-Fraktion keinen Anlass, erhöhte Aufwandsentschädigungen für Ortsratsmitglieder zu beschließen. Wir empfinden es eher als unpassend und verfehlt, zur gegenwärtigen Finanzlage der Stadt Wolfsburg weitere Mehrbelastungen für den Haushalt zu beschließen. Die vorgeschlagenen Erhöhungen konterkarieren die angestrebten Sparbemühungen, daher werden wir dieser Vorlage so keine Zustimmung geben“, signalisiert Straube.